

Rheinbach, den 14.9.2016

Gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeister und Kämmerer der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises zum Eckdatenpapier des Kreishaushaltes 2017/2018

Wir haben das Eckdatenpapier vom 12. August 2016 zur Kenntnis genommen und begrüßen die Verstetigung des allgemeinen Umlagesatzes bis 2018. Die Städte und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises haben bis dahin nun Planungssicherheit. Zur Entwicklung der Jugendamtsumlage wird in diesem Zusammenhang nicht Stellung genommen, da sie nur einen Teil der kreisangehörigen Kommunen betrifft. Von dort werden gesonderte Stellungnahmen erfolgen.

Vor dem Hintergrund, dass ein erheblicher Teil der Städte und Gemeinden sich im Haushaltssicherungskonzept befindet, die Ausgleichsrücklagen bis auf eine Ausnahme alle aufgebraucht sind, und der Kreis ab 2020 planerisch selber einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreichen will, besteht jedoch weiterer Handlungsbedarf.

Zu den Kreishaushalten 2017 und 2018 ist festzustellen, dass u.a. aufgrund steigender Umlagegrundlagen, im Saldo erhebliche Verbesserungen prognostiziert werden, die durch Mehraufwände jedoch wieder egalisiert werden. Insofern trägt der Blick auf den gleichbleibenden Umlagesatz, denn der Geldtransfer durch die Städte und Gemeinden an den Rhein-Sieg-Kreis steigt in absoluten Zahlen. Ob der jeweils dargestellte Mehraufwand gerechtfertigt ist oder nicht, kann von hier nicht beurteilt werden. Der tatsächliche Entwurf des Kreishaushaltes wäre abzuwarten, um zu einer fundierten Einschätzung zu gelangen.

Wir stellen in diesem Zusammenhang aber fest, dass erste fiskalische Auswirkungen aus den erfolgten Organisationsuntersuchungen im Entwurf des Kreishaushaltes Berücksichtigung gefunden haben. Wir erwarten, dass alle Empfehlungen dieser Untersuchungen auch tatsächlich umgesetzt, fiskalisch bewertet und kurzfristig im Kreishaushalt berücksichtigt werden, sowie in einer Dienstbesprechung den Bürgermeistern vorgestellt wird.

In Solidarität mit den kreisangehörigen Kommunen erwarten wir zudem weitere geeignete Konsolidierungsmaßnahmen zumindest zur Sicherung des verstetigten Umlagesatzes ab dem Jahr 2018. Sollten zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen weitere finanzielle Spielräume eröffnen, erwarten wir, dass diese direkt den Kommunen zu Gute kommen und ggf. sogar zu einer Senkung des Umlagesatzes führen.

Klaus Strack
Kollegensprecher Kämmerer

Stefan Raetz
Kollegensprecher Bürgermeister